

**Das Abonnement**  
auf dies mit Ausnahme der  
Sonntage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,  
für ganz Preußen 1 Thlr.  
24½ Sgr.  
**Bestellungen**  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

# Posener Zeitung.

## Amtliches.

Berlin, 1. März. Se. R. H. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs Allergnädigst geruhet: Dem Bauinspektor Herzler zu Prenzlau und dem pensionirten Steuerempfänger Schmitz zu Coesfeld den Röthen Adler-Orden vierter Klasse, dem Schulschreier und Küster Schaeffer zu Dahlwitz, im Kreise Niederbarnim, und dem Werkführer Magnus bei der Maschinenfabrik des Landesmuseums zu Strausberg im Kreise Oberbarnim, das Allgemeine Ehrenzeichen, so wie dem Jäger Meinecke in Garde-Jäger-Bataillon, die Rettungsmedaille am Bande zu verleihen; auch dem Branddirektor Scabell zu Berlin die Erlaubnis zur Anlegung bis von des Königs von Dänemark Majestät ihm verliehenen Dannebrog-Ordens dritter Klasse zu ertheilen.

Der Aiviluppenumerarius Karl Theodor Weisse ist als Geheimer Registrator bei dem Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten angestellt worden.

Angekommen: Se. Exz. der Wirkl. Geh. Rath, Erbofmeister der Kurmark Brandenburg, außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am R. niederländischen Hofe, Graf von Königsmarck, von Plauen.

Nr. 53 des St. Anz.<sup>s</sup> enthält den allerhöchsten Erlass vom 20. Februar 1860, betr. die Genehmigung des Vertrags der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft auf die ertheilte Konzession zur Ausführung einer Eisenbahn von Polen über Gniezen nach Bromberg.

## Deutschland.

**Preußen.** AD Berlin, 29. Febr. [Die Stellung Frankreichs zu Piemont; die Theilnahme Preußens an den Konferenzvorschlägen; die Polemik gegen das Herrenhaus.] Die Projekte der französischen Politik drängen sich so schnell auf einander, wie die Träume einer fieberkranken Phantasie. Sicher ist, daß Napoleon augenblicklich seinen neuen Minister Thiers gegen die Annexionspläne Sardiniens protestieren, und die Bildung eines mittelitalienischen Reiches aus Toscana und einem Nachbargebiet befürworten läßt. Vor Kurzem sprach ich Ihnen von der Kandidatur des sechsjährigen Herzogs von Genua für den Thron des projektierten Königreiches. Der Plan soll jetzt wieder ausgegeben und die Herstellung einer jungen napoleonischen Dynastie im Werke sein. Doch hat man wohl genügenden Grund, allen solchen Kombinationen, selbst wenn sie offiziell auf das Capet gebracht werden sind, keinen Glauben zu schenken. Es sind eben nur Schachzüge der napoleonischen Politik, welche darauf ausgeht, ihre Gegner so lange in Ungewißheit zu erhalten, bis sie ihnen unvermutet das Matz rufen kann. Die schmollende Haltung gegen Sardinien hat nur den Zweck, vom Turiner Hofe die Abteilung Savoyens und Niçza's zu expressen. Graf Cavour leistet noch Widerstand; aber Napoleon hofft den Minister entweder willfährig zu stimmen, oder ihn vom Steuerruder der Politik zu verdrängen. — Die meisten der umlaufenden Mittheilungen über die Theilnahme Preußens an den russischen Anträgen auf eine europäische Konferenz sind ungenau. Preußen hat, wie ich aus guter Quelle erfahre, seinen bestimmten Antrag der Art gestellt, noch viel weniger die englischen Propositionen durch Gegenvorschläge beantwortet. Das Berliner Kabinett hat, den englischen Auffassungen gegenüber, nur das vertragsmäßige Recht der italienischen Besitzstände betont und darauf hingewiesen, daß eine Aenderung derselben nur durch gemeinsame Vereinbarungen unter den fünf Großmächten angebahnt werden könnte. Die Neuherungen, welche bisher in London und in Paris über die russischen Gründungen laut geworden sind, geben dem Konferenzplane äußerst geringe Hoffnungen. — Vor Kurzem schou konnte ich Ihnen versichern, daß die Angriffe einiger liberalen Blätter gegen das Herrenhaus keineswegs einer Inspiration aus gouvernementalen Regionen zu zuschreiben sei. Jetzt verlautet, daß jene Art der Polemik sogar an hoher Stelle Neuherungen der entschiedenen Mißbilligung hervorgerufen hat. Es ist daher von Seiten derselben Organe, welche auf die Stimmung der höchsten Kreise Rücksicht nehmen, eine Einstellung der Feindseligkeiten gegen das Herrenhaus zu erwarten. Nebstens hat man die Hoffnung auf eine Verständigung in der Ehe- und der Grundsteuerfrage noch nicht ausgegeben.

AD Berlin, 29. Febr. [Vom Hofe; hohe Patienten; Reise des Prinzen Karl nach Niçza; Verschiedenes.] Die Nachrichten, welche ich heute über das Befinden unsers Königs aus Potsdam erhalten habe, lauten nicht besser als die, welche ich Ihnen jüngst gegeben. Im Publikum erzählt man sich Mancherlei über den traurigen Zustand des hohen Patienten, doch hat dabei Übertriebung ihr Spiel. Soviel steht fest, daß sein Leiden beispiellos dasteht und die Kräfte immermehr schwinden. Daß die eingetretene Schwäche auf eine baldige Erholung schließen lasse, wage ich nicht zu behaupten. Auch der Großherzog von Mecklenburg ist noch immer sehr frank. Ein Gutsbesitzer und Vächter einer großherzoglichen Domäne war gestern hier anwesend und versicherte, daß man in Neustrelitz glaube, der Großherzog werde kaum noch 14 Tage leben. Mein Gewährsmann war kurz vor seiner Reise nach Berlin vom Erbgroßherzog empfangen worden, da er Geschäftsangelegenheiten zu ordnen hatte. — Gestern war beim Prinzen Friedrich Wilhelm Soirée; Aufgang sollte eine musikalische Abendunterhaltung stattfinden, doch wurde diese bis auf die nächste Woche verschoben. Morgen findet eine solche beim Prinzen-Regenten statt und werden in derselben Mitglieder der italienischen Oper vor den hohen Herrschäften und den geladenen Gästen singen. — Der Prinzen-Regent ließ sich heute von dem Geheimrath Illaire und dem General v. Mantenfels Vortrag halten und arbeitete darauf mit dem Fürsten von Hohenzollern und den Ministern v. Auerswald und v. Schleinitz. Zuvor hatte er einige höhere Offiziere empfangen. Zum Diner hatten einige 20 Gäste Einladungen erhalten. Darunter befanden sich Fürstliche Personen, Diplomaten, Gefandte und Landtagsmitglieder. Auch die Prinzen Friedrich Wilhelm und Karl hatten

sich eine gleiche Anzahl von Gästen geladen; es waren meist Artillerie-Offiziere, die wegen der Schießübungen gegenwärtig hier verweilen. — Der Prinz Karl beabsichtigt in diesen Tagen eine Reise nach Nizza anzutreten und daselbst einige Zeit zu verweilen. Wie es heißt, folgt der Prinz einer Einladung seiner erlauchten Schwester, der Kaiserin Mutter von Russland; doch höre ich, daß der Prinz bei dieser Reise auch die Kräftigung seiner Gesundheit im Auge hat. Der Adjutant v. Witzleben wird den Prinzen begleiten.

Die Nachricht von der Vermehrung der Remontedepots hat eine große Anzahl von Personen veranlaßt, Anstellungsgesuche an die Direktion zu richten; ebenso sind derselben bereits zahlreiche Propositionen in Betreff der Anlage und Errichtung gemacht worden. Diese Angelegenheit befindet sich jedoch noch immer in dem Stadium der Vorberathung und wird nicht eher in derselben etwas geschehen können, als bis die schwedende Militärfrage ihre Erledigung gefunden hat. Gleich darauf tritt aber auch der Remontedepotdirektor, Geheimrath Mengel, zu diesem Zwecke eine längere Dienstreise an. — Morgen beginnen hier die Exerzitien in Erkennung des Traindienstes, zu welchen eine Anzahl von Unteroffizieren der Gardelavallerieregimenter und des 3. Armeekorps kommandiert worden sind. In etwa 3 Wochen sollen diese Mannschaften für den Dienst vollständig ausgebildet sein und fehren sie alsdann wieder zu ihren Regimentern zurück. — Der Remontedepotdirektor, General Synold v. Schütz, trifft am Sonntag von Halberstadt hier ein. Derselbe hat bekanntlich dort und in Deutz die beiden Schwadronen besichtigt, welche das 7. und 8. Kürassierregiment an das neu zu formirende Ulanenregiment abgeben müssen. Am Montag wird der General dem Prinzen-Regenten über seine Inspektionsreise Vortrag halten und dann dieselbe nach Potsdam und Breslau fortsetzen. — Der Rector Magnificus, Professor Dr. Boeck, besuchte in diesen Tagen das Joachimsthalsche Gymnasium und wohnte mehrere Stunden dem Unterrichte in den verschiedenen Klassen bei.

Der Unterricht in dem Gewerbeinstitut hat jetzt wieder seinen regelmäßigen Fortgang. Die Reorganisation desselben soll schon in nächster Zeit beendet sein und steht dessen Erhebung zu einer Akademie außer Zweifel. — Heute Abend hielt unsre Strafanstalt das englische Gesandtschaftshotel belagert. Der Ritter Murphy war nämlich dort eingeklebt, um einige Bekannte, die dem Dienstpersonal angehören, zu besuchen. Jung und Alt wußt nicht eher vom Platze, als bis der auf die Neugier der lieben Berliner spukulirende lange Gast das Hotel wieder verlassen hatte und in einer Drosche davongefahren war. — Für Katholiken ohne Unterschied des Standes ist kürzlich ein geselliger Verein ins Leben gerufen worden; derselbe hat sein Lokal in der Niederwallstraße. Der Abendunterhaltung und dem Souper, wozu sich die Mitglieder zu Zeiten vereinigen, wohnen auch mehrere hochgestellte Katholiken bei. Es scheint jedenfalls kein Fortschritt, daß wir in Berlin für gesellige Vergnügungen uns in Konfessionen zu scheiden anfangen. Selbst in Köln wird ja ein „katholisches Kasino“ nicht ganz unbedenklich gefunden.

\* \* Berlin, 29. Febr. [Die Opposition gegen die Heeresreform.] In parlamentarischen Kreisen geht seit einigen Tagen ein düstres Gerücht, daß wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen, weil wir Ursache haben, dasselbe für begründet zu erachten. (?) Die Opposition gegen die Heeresreform und die dafür verlangten Summen mehrt sich in dem Maße, als es immer mehr und mehr zur Sicherheit wird, daß das Herrenhaus den Grundsteuergesetz eine ab schwächende Form geben, und Alles in Allem nur eine gewisse Summe, etwa vier Millionen, bewilligen will. Das Ministerium hält eine Niederlage im Abgeordnetenhouse für so wenig vermeidbar mit der politischen Haltung Preußens in der jetzigen Krisis, die in jedem Augenblick in den Krieg führen kann, daß es, so wird zum wenigsten behauptet, entschlossen ist, sich zurückzuziehen, wenn die Opposition den Sieg davon trägt. Wir glauben selbst, daß noch über das Ministerium hinaus eine derartige Haltung der Abgeordneten einen nachtheiligen Einfluß ausüben wird, über dessen unberechenbare Folgen wir für heute keinerlei Andeutungen uns erlauben mögen. Es dürfte dann die Hauptfrage sein: Kann und wird sich der Prinzen-Regent von dem jetzigen Ministerium trennen, kann und wird der Prinzen-Regent zu einem Ministerium Arnim-Voigtsburg, Auflösung des Abgeordnetenhauses u. s. w. (unter den jetzigen politischen Verhältnissen) seine Zuflucht nehmen? (Wir teilen diese Ansichten, da sie aus einer sonst ruhigen und verlässlichen Quelle stammen, mit, können indes dabei die Bemerkung nicht zurückhalten, daß der Korrespondent uns denn doch etwas zu schwarz zu sehen scheint. D. Ned.) Mögen die Mitglieder der beiden Häuser ihre Entscheidung zum Heile des Vaterlandes fällen und nicht unwillkürlich den Plänen dessen in die Hände arbeiten, der zur Stunde schon weder neue Studien zu unheilsamen Verwicklungen anstellt. Es scheint sich bei der Neorganisationsfrage übrigens weniger um die dreijährige Dienstzeit, als um den Präfenzstand der Bataillone im Frieden zu handeln, der, um Ersparnisse zu erzielen, unter die Hälfte des Kriegsgefechts normirt werden soll.

— [Melanchthonfeier.] Das Februarheft des Centralblattes für die gesammte Unterrichtsverwaltung in Preußen enthält folgendes an sämtliche Provinzialschulkollegien gerichtetes Bittschreibes: „Der 19. April d. J. ist als der dreihundertjährige Todestag Philipp Melanchthon's auch für die evangelischen Schulen Deutschlands ein Tag dankbarer Erinnerung. Ich veranlasse die königlichen Provinzialschulkollegien, denjenigen Direktoren evangelischer Lehranstalten Ihres Ressorts, welche der Bedeutung des Tages durch eine besondere Schule feiern einen Ausdruck zu geben wünschen, dazu die Ermächtigung zu ertheilen. Berlin, den 13. Febr.

1860. Der Minister der geistlichen u. Angelegenheiten v. Bethmann-Hollweg.“

PB — [Preußischer Handelstag. VII. Plenarsitzung am 29. Februar.] Tagesordnung: 1) Gewerbefreiheit. Der Kommissionsantrag, die Gewerbegezeggebung einer Revision zu empfehlen, bei welcher jede Rückkehr zum Zunftzwange entschieden verworfen, die Bestimmung wegen Prüfung der Lehrlinge und Gesellen zweckmäßiger geregelt, auch das Konzessionswesen möglichst beschleunigt werde, wird angenommen. 2) Organisation der Kaufmännischen Korporationen. Der Handelstag beschließt nach dem Antrage der Commission, die von Breslau eingereichte Denkschrift wegen Selbstverwaltung in den gemeinsamen kaufmännischen Berufsarbeiten, sowie die Bildung allgemeiner kaufmännischer Genossenschaften dem Staatsministerium und den Kaufmannschaften zur sorgfältigen Erwägung zu empfehlen, da die Handelskammern, unbedacht ihres großen und anerkannten Wertes, nicht mehr ausreichen, um allen Bedürfnissen des kaufmännischen Lebens gerecht zu werden, es vielmehr wünschenswerth sei, daß den für Erhaltung der Handelskammern kontribuierenden Personen (Gewerbebeuerklasse A) eine größere Mitwirkung als die bloße aktive Wahlberechtigung eingeräumt werde, sowohl durch Theilnahme an den Generalversammlungen, als an selbstthätiger Ordnung und Begutachtung wichtiger Angelegenheiten, wie Börse, Maklerwesen, Usancen u. s. ferner auch, daß ermöglicht werde, sich zu diesen Zwecken zu Genossenschaften, welche für den Erwerb von Vermögen ein Rechtssubjekt bilden, zu verknüpfen. Auch wurde im Anschluß an einen Bielefelder Antrag beschlossen, eine Abänderung des §. 7 der Verordnung vom 11. Februar 1848 zu beantragen, indem die Bestimmung, daß bei der Wahl zu den Handelskammern Handelsgesellschaften, welche nur Eine Gewerbebeuer zahlten, auch nur durch Ein Mitglied das Wahlrecht ausüben dürfen, in Bezug kame und dagegen das Recht der aktiven Wahl auch auf Allgemeingesellschaften und bergmännische Gewerbe ausgedehnt werde. 3) Die Etablierung eines Lehrstuhls für Handelsrecht, wenigstens auf einer preußischen Universität, wurde einstimmig für nothwendig erklärt, insbesondere auch für die Ausbildung fünftiger Mitglieder der Handelsgerichte. 4) Handelsgesetzgebung. Über den Antrag, den Entwurf zu einem allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuche durch den Handelstag einer eingehenden Prüfung und Begutachtung zu unterwerfen, wird deshalb zur Tagesordnung übergegangen, weil der Handelstag nicht in der Lage ist, sich einer Arbeit, die viel Zeit erfordere, zu unterziehen. 5) Schiffahrts- und Wasserzölle. Die Commission hat beantragt, der Handelstag solle aussprechen, daß es nothwendig anerkannt werde, die Stromschiffahrt vor dem vollen Verfalls zu schützen, was nur geschehen könne, wenn 1) der Staat die ihm obliegenden Verbindlichkeiten wegen Erhaltung der Stromschiffahrt erfüllt, 2) sämliche Zollabgaben der Stromschiffahrt aufgehoben und 3) die Staatskonventionen, welche die Rheinschiffahrt belasten, befeigigt werden. Es werden die Zustände der Schiffahrt auf den preußischen Flüssen, der Oder, Warthe, Nogat, Weichsel, Niemen, Pregel, Elbe, Rhein, Lippe, Nutz, darlegt, die Petitionen wegen Regulirung der Oder und wegen Erbauung eines Rhein-Weser-Elbe-Kanals durch Vorleistung zur Kenntnis gebracht und nachdem die Verhandlung dieselben sich angeeignet hat, wird über das Ganze abgestimmt und werden die Anträge einstimmig genehmigt. Nach aufgehobener Sitzung bestimmt der Handelstag noch die Mitglieder der Deputation, welche der Handelsminister empfangen will, durch das Voos. Es sind die Städte Nordhausen, Posen, Magdeburg, Tostburg, Königsberg, Essen, Duisburg, Stralsund. Die Wahl der Personen bleibt den Deputirten überlassen.

\* — [Die Hamburg-Americanische Packfahrt-Aktien-Gesellschaft] hat ein Tableau über die von den Schiffen der Gesellschaft im vorigen Jahre von Hamburg nach Newyork und von Newyork nach Hamburg unternommenen Reisen aufgestellt. Es kürsirten auf dieser Tour fünf Schiffe: „Borussia“, „Saronta“, „Hammonia“, „Bavaria“, „Teutonia“, die sich mehr oder minder als ausgezeichnete Fahrzeuge bewährt haben. Sie machten insgesamt 19 Fahrten von Southampton nach Newyork und 20 von da nach ersterem Hafen zurück; zu jenen Reisen brauchten die Schiffe zusammen 253 Tage 6 Stunden, zu diesen nur 245 Tage 16 Stunden. Auf der Tour nach Newyork dauerte die längste Fahrt 15 Tage 19 Stunden, eine andre 15 T. 5 St., zwei 14 T., sieben 13 T., fünf 12 T., drei nur 11 T.; die kürzeste Dauer der Reise betrug 11 Tage 13 Stunden und die durchschnittliche Dauer einer Reise nur 13 T. 8 St. Auf der Route von Newyork nach Southampton war das Resultat noch günstiger. Denn von 20 Fahrten dauerte nur eine einzige 14 Tage, vier 13 T., sechs 12 T., sieben 11 T. und eine sogar 10 T. 17 St.; die durchschnittliche Dauer einer Reise betrug auf dieser Tour nur 12 T. 7 St., also mehr als 24 Stunden weniger als auf der Tour nach Newyork. Die Direktion der genannten Gesellschaft hat ihr Domizil in Hamburg und Generalagent derselben für den ganzen Umfang des preußischen Staates ist H. C. Palzmann in Berlin.

Breslau, 28. Febr. [Schulwesen.] Die k. Regierung zu Liegnitz hat unter dem 30. Jan. c. eine wichtige Verordnung in Betreff der Organisation der deutschen Bürgerschulen oder Stadtchulen erlassen, aus welcher wir im allgemeinen Interesse das Wichtigste zur Mittheilung bringen:

Zunächst werden die irrtümlichen Auffassungen in Betreff der Art und des Umfangs der in solchen Schulen zu betreibenden Unterrichtsgegenstände unter Bezugnahme auf das hier zu befriedigende wahre Bildungsbedürfnis beleuchtet und als oberste Grundlage eingestellt, einerseits, daß die Schule solchen Lehrstoff, welcher der Natur der Sache und den obwaltenden Verhältnissen nach, von den Schülern nicht bis zu einem angemessenen Grade ganz und voll und tüchtig bewältigt werden kann, als einen unberichtigten aus ihrem Lehrplan ausscheidet; andererseits, daß die Schule bei ihrer Unterrichtserteilung sich nie an oberflächlichen und halben Resultaten genügen läßt, sondern auf allen Entwicklungsstufen des kindlichen Geistes zu ganzen und tüchtigen Leistungen anleitet und nötigt. Und somit durch stetige Gewöhnung während der ganzen Schulzeit für alles Erkennen, Empfinden und Wollen, so wie für jede daraus resultirende Lebensthat in die Seelen der Kinder einen inneren Drang und Zwang hineinbildet, welcher alle oberflächliche Haltetheit entschieden verschmäht, nur am Tüchtigen und Ganzem Gefallen und Genüge findet und zur gedeihlichen Erziehung solcher Resultate auch für den einstigen weiteren Lebensberuf dem Geiste neben der entsprechenden grundlichen Erkenntniß auch die andauernde Spannkraft und dem Herzen die rechte selbstverlebende Freude verleiht.“ Anerkannt wird, daß die deutsche Bürgerschule ungleich bedeutendere Lehrzüge, als die Ländschule, zu erstreben hat, aber auch erklärt, daß die Lehrstoffe nach Inhalt und Form nicht von den fremdartigen Unterrichtsgegenständen wissenschaftlicher Lehranstalten zu entnehmen sind, sondern vielmehr als Erweiterungen und Entwicklungsformen des Gebietes der Elementarschule aufzutreten müssen. Die allgemeine oder deutsche Bürgerschule hat auf dem Boden der nach Inhalt und Form wahrhaft elementaren Unterrichtsgegenstände eine Bildung zu erzielen, welche dem späteren Lebensbedürfnisse der Kinder nach Art und Umfang wahrhaft entspricht.“ Zweitens werden in Betreff des Lehrplanes die Disziplinen nach Inhalt und Behandlungswweise in den Grundzügen so erörtert, daß daraus ebenowohl die Erweiterung des in diesen Schulen zur Geltung zu bringenden gesamten Bildungsmasses über die von der gewöhnlichen Elementar-

schule zu erstrebenden Zielen hinaus, als auch die richtige Beschränkung desselben auf nicht zu überschreitende Grenzen klar erfordert, die Anwendung der allgemeinen Grundsätze auf die für die besonderen Verhältnisse jeder einzelnen Schule maßgebenden speziellen Lehrpläne unzweifelhaft wird. In Bezug auf den Religionsunterricht wird bestimmt, daß der Abstraktion auf Kosten des konkreten Lehrstoffes nicht Raum verstatte werden darf, und daß Bibelkunde als gesonderten Unterrichtsgegenstand und ein vollständiger Kursus der Kirchengeschichte eine Stelle nicht finden dürfen. Den deutschen Sprachunterricht betreffend, wird gesagt, daß der grammatische Unterricht tiefer in den Saalbau und in die Worbildungslehre einzuführen habe, als das in der gewöhnlichen Elementarschule geschehen kann. „Die systematische Vollständigkeit einer wissenschaftlichen Sprachlehre oder die Auslegung von besonderen, für die zusammenhangende Durcharbeitung einer solchen bestimmten grammatischen Unterrichtsstunden in dem Lektionssplane ist weder erforderlich, noch ratschlich.“ Hinsichtlich des anzueignenden Sprachschages wird vor dem Abwege gewarnt, bei der Auswahl zumal der poetischen Meisterstücke vorwiegend das Gebiet der so genannten klassischen Literatur zu berücksichtigen, weil viele dieser Dichtungen mit ihren Grundanschauungen in dem, den Kindern dieser Schule sonst unerwähnten Heidentum der alten Welt wurzeln. Besondere Declinationsstunden, in welchen die Kinder Gedichte ihrer eigenen Wahl rezitieren, können nicht gebilligt werden. In Betreff der anzufertigenden Aufsätze heißt es: „Schriftliche Reproduktion des in den verschiedenen Unterrichtsgebieten Angeeigneten sind die sicherste Grundlage für die korrekte Darstellung der hieraus unter der Einwirkung des Lebens und mit der zunehmenden Altersreife erwachenden eigenen Gedanken.“ Ein vollständiger Kursus in der Fremdwörterlehre ist nicht zu billigen; vergleichbare Belehrungen sind gelegentlich zu geben. Im Rechnen und in der Mathematik wird gefordert, daß alle im bürgerlichen Leben vorkommenden Rechnungsarten zur klaren Kenntnis und sicheren Anwendung gebracht, dagegen von der Meinung abgegangen werde, als seien die Anfänge der wissenschaftlichen Geometrie, Arithmetik und Algebra erforderlich. Stubbs' Geometrie und algebraische Aufgaben werden empfohlen. „Allgemeine Weltgeschichte“ eignet sich nicht für die Bürgerschule, vielmehr ist die deutsche Geschichte, mit vorangewiesener Berücksichtigung der preußischen, resp. Provinzialgeschichte zu betreiben. Die unentbehrlichsten Mittheilungen aus der allgemeinen Weltgeschichte sind an die biblische und an die deutsche Geschichte anzurichten. Die kulturgeographische Rücksicht soll vorwaltend sein. In der Geographie ist das Übermaß von Namen zu vermeiden und das Vaterland besonders zu betonen. Die Behandlung der Naturlehre ist eine elementare. Der Unterricht im Zeichnen ist mit dem in der Raum- und Formenlehre in angemessene Verbindung zu stehen, mit Ausdruck künstlerischer Darstellung möglichst bald zur Fertigkeit in Darstellung einfacher Naturkörper, Grund- und Kurven, wie sie das Bedürfnis des praktischen Lebens erheischt, zu fördern. Ausnahmsweise ist Nebenunterricht im Lateinischen und Französischen stattfindend; der Gesamtorganismus der Schule darf aber darunter nicht leiden. Mögen sich den zweckmäßigen Verordnungen auch zeitgemäße Bestimmungen in Betriff der materiellen und sozialen Verhältnisse der Lehrer anschließen, denn nicht nur „Verordnungen“, sondern auch „Lehrer machen die Schule“. (Schl. 3.)

**Oestreich.** Wien, 28. Februar. [Pensionierte Generale.] Der „A. Z.“ schreibt man: „Dah wir schon jetzt über doppelt so viel pensionierte Generale haben als aktive, zeigt ein Blick in unsern Militär-Schematismus, der kürzlich erschienen ist. Doch sollen noch andere folgen. Man sieht die Veränderungen auch auf dem Gebiet der Personalien bei uns vielleicht allzu sehr, und da die Pensionirungen selbst der höchst Angestellten durch einfache Veröffentlichung des betr. Befehls im Militärverordnungsbuch erfolgen, so kann man sich wohl denken, daß jeder von heute auf morgen gefasst sein muß, sich im Verordnungsbuch zu lesen. Dem neuen Chef des Generalstabes, Feldzeugmeister Benedek, wird Feldmarschall-Lieutenant Frhr. v. Nanning als ad latus beigegeben. Den Feldzeugmeister Benedek hätte man lieber an der Spitze einer Armee gelehren.“

— [Über die Rüstungen Sardinien] sagt die „Ostd. Post“: Von Bedeutung ist die Nachricht aus Turin, daß dort vier Altersklassen unter die Zahne gerufen werden, wobei man bis 1830 zurückgreift, was so viel heißt, daß sogar Männer, welche das dreißigste Jahr zurückgelegt haben, zum Kriegsdienste verpflichtet werden. Das ist ein wahres Landsturm-Aufgebot. Zu solchen Mitteln greift ein Staat bloß in ganz außerordentlichen Zeiten und Kriegen. Die Motivierung, daß das Heer vergrößert werden müsse, um die lombardischen Unteroffiziere und Soldaten einreihen zu können, ist eine so jämmerliche Ausrede, daß man nicht begreift, wie ein Ministerium sich nicht schämt, solchen Unsinn als Staatsraison ausgeben zu wollen. Die lombardischen Unteroffiziere und Soldaten haben in Oestreich den Kriegsdienst gelernt, es sind geschulte Männer, die man nicht unter Recruten zu stellen braucht, um sie abzurichten. Man will mit dieser Ausrede den ungeheuren Elat abdämpfen, den dieses außerordentliche Heeraufgebot hervorbringen muß; es wird sich aber kaum ein Kind über die wahre Bedeutung der Sache täuschen lassen. Sardinien will Krieg und wird nicht eher ruhen, bis er wieder da ist.“

[Der Piaristen-Orden] der böhmisch-mährisch-schlesischen Ordensprovinz zählt in 22 Kollegien und Residenzen, wo von auf 11 auf Böhmen, 9 auf Mähren und 2 auf Oestreich-Schlesien entfallen, 213 Mitglieder, worunter 168 Priester, 1 Kleriker, der die Profess abgelegt hat, 31 Kleriker, welche erst das einfache Gelübde abgelegt haben, 12 Novizen und 1 Laienbruder. Außerdem leben 10 Priester außerhalb der Kollegien, so daß die Gesamtzahl sämtlicher Ordensmitglieder in der genannten Provinz sich auf 223 beläuft. Die Zahl seiner Schüler in den genannten drei Kronländern betrug zu Ende des vorigen Schuljahres 8946. In Böhmen besitzen die Piaristen Kollegien in: Leitomischl, Schlan, Jindřichův Hradec, Neichenau, Prag, Budweis, Hayda, Brüx; dann die Residenzen in Brandeis und Beroun. An der Spitze der Ordensprovinz steht Herr P. Laurentius Zint, Doctor der Philosophie, fürsterzbischöflicher Konfessoralrat etc., in der Reihe der böhmisch-mährisch-schlesischen Piaristen-Ordens-Provinz seit Einführung des Ordens in Oestreich der 39., ihm stehen in der Leitung der Provinz 4 Assistenten und 3 Konzultoren zur Seite.

— [Ein entomologisches Gartenhaus.] Ein auch als rationeller Landwirt sehr bekannter Maierhoospächter bei Prag hat die sämtlichen Wände seines Gartenhauses in regelmäßige Felder gehellt, diese mit den Aufschriften: „Apteren“, „Dipteren“, „Lepidopteren“, und wie alle die Pteren der Insektenwelt heißen, bezeichnet und darauf in Tausenden von Exemplaren die verschiedenartigsten Käfer, Fliegen, Schmetterlinge u. s. w., systematisch geordnet, mit Stichnadeln befestigt. Der ganze Salon nimmt sich, besonders bei Abendbeleuchtung, wie ein magischer, von unzähligen verschiedenfarbig schillernden Edelsteinen eingeflossener Raum aus. Diese Illusion wird dadurch erhöht, daß der Plafond ganz mit gebrauchten Briefmarken belegt ist, von welchem eine Legion Augen herabzublicken scheint.

Pesth, 26. Februar. [Beschlüsse der Protestantengemeinden; Dankfeier der Israeliten.] Dem „Protestant. Eph. Pap.“ entnimmt der „Pesth. Lloyd“ folgende Nachricht: Die Pesther ungarische Gemeinde Augsburger Konfession hat in ihrem am 17. d. abgehaltenen, ungewöhnlich zahlreich besuchten Konvente

nach Verlesung der die Durchführung des kaiserlichen Patentes vom 1. September und der Ministerialverordnung vom 2. September urgirenden Verordnung des Kultusministers vom 10. Januar folgendes beschlossen: In allgemeiner und ausnahmsweise Übereinstimmung hat diese Versammlung auch neuestens beschlossen, daß sie an dem am 7. Dezember 1859 gefassten Beschlüsse auch fernerhin standhaft festhält, und sie kann sich auch nach dem vom 10. Januar 1860 datirten Kultusministerialerlaß nicht durch Ministerialverordnung vom 2. September 1859 anbeschloßen. Kirchenorganisation fügen.“ In demselben Sinne lautet auch der einstimmig gefasste Beschluß des am 20. d. abgehaltenen Konvents der deutschen Gemeinde Augsburgischen Bekennnisses. — Die hiesigen Israeliten haben in Anerkennung der wichtigen Rechte, die ihnen und ihren Glaubensgenossen in ganz Ungarn in der letzten Zeit ertheilt worden sind, gestern eine Dankesfeier abgehalten, deren Bedeutung der Oberrabbiner Meissl in einer entsprechenden Rede beleuchtete. Der Tempel war aus diesem Anlaß ungewöhnlich stark besucht; auch die behördlichen Autoritäten waren vertreten.

**Hannover.** 28. Februar. [Landtagsverhandlungen über die Militärvorlagen.] Dem Einwand, daß Studiosen der Theologie häufig in eine andere Laufbahn ableben und damit den Grund zu ihrer Befreiung vom Militärdienst aufheben, ist man bei den Kandidaten durch eine genauere Definition begegnet, die hier, wo es sich um völlige Befreiung handelt, statt bei jenen nur um vorläufige, nothwendig war. Der Begriff des Kandidaten der Theologie wurde dahin festgestellt, daßemand, um auf diesen Namen Anspruch machen zu können, die Universität absolviert und durch Ablegung des ersten theologischen Examens die bestimmte Absicht und die vorläufige Befähigung fundgehabt haben müsse, sich dem geistlichen Stande zu widmen. Zu den völlig Befreiten sollen nach dem Entwurf des Militäraushebungsgesetzes auch alle aus dem Kriegsdienste mit Beibehaltung ihres Charakters entlassene Offiziere gehören; der Ausschuss wollte hinzugefügt haben: „Wenn sie sieben Jahre gedient oder einen Feldzug mitgemacht haben“; er wollte das, um Missbräuche zu verhüten, es könnte kommen, daß Manche, z. B. Gutsbesitzer, auch kurze Zeit in die Armee traten, dann ihren Abschied nähmen und von der Militärschuld befreit wären. Die Herren aus der Regierung führten dagegen an, daß auch in diesem Falle immer voll fünf Jahre auf die Laufbahn vergingen; sie wollten es nicht gelten lassen, daß eine Kommission des Allerhöchsten Kriegsherrn je benutzt werden könnte, um die Militärschuld zu umgehen; sie hielten es für unvereinbar mit dem inneren Wesen des deutschen Militärs, daß ein früherer mit Ehren entlassener Offizier als Gemeiner wieder eintrete. Der Minister des Innern war überzeugt, daß, wenn man selbst einen solchen Grundsatz in das Gesetz niederlege, die Verhältnisse dennoch stärker sein werden, als die Bestimmung, und Dr. v. Bennigsen wollte sich die Thatsache gemerkt wissen, daß der Minister den Fall der Nichtbeachtung eines Gesetzes in Aussicht nehme. Der Minister aber entgegnete darauf, daß es noch ein ganzes Heer von Gesetzen gebe, die, ohne ausdrücklich aufgehoben zu sein, niemals mehr zur Anwendung kämen. Kriegsrat Blücher empfahl als wesentlich den Fall zur Beachtung, daß bei Kriegsgefahr eine Vermehrung der Armee eintrate; müsse nach Herstellung des Friedens eine Reduktion eintreten und würden viele Offiziere entbehrlich, so könne man Männern, die in der Zeit der Gefahr als Offiziere gedient hätten, unmöglich zumuthen, im Frieden als Gemeine einzutreten. Dieser Grund fand Anerkennung und die Kammer ließ es bei der Fassung des Entwurfs, obwohl der Regierungskommissar selbst anheimgab, von zurücktretenden Offizieren vor Ablauf der 7-jährigen Dienstzeit einen Stellvertreter zu verlangen. Der Minister des Innern verwarf diesen Vorschlag, der das Militär viel schlechter stellen würde, als die Zivildiener, und dieser Fall war nicht der einzige, wo der Minister sich mit dem Regierungskommissar bei diesem Gesetze ebenso wenig in Übereinstimmung befand, wie mit gewichtigen Stimmen der Ersten Kammer. Vor Allen hat in der letzteren Generalmajor v. Tschirschky sich vielfach für die den vielen Befreiungen nicht günstigen Anträge des Ausschusses erklärt, die hingegen von den Organen der Regierung in Zweiter Kammer beständig bekämpft und auch zum größten Theile besiegt wurden. Herr v. Tschirschky tritt in der Ersten Kammer die einzige Stelle, welche der König zu vergeben hat, und es läßt sich kaum denken, daß er, der Generaladjutant Sr. Majestät, nicht die maßgebenden Ansichten, zumal in militärischen Dingen, vollständig theile. Bedenfalls ist es nicht unbemerkt geblieben, daß sich Minister in diesen Fragen öfter mit Männern der Linken als mit den Offizieren in Übereinstimmung befanden.

Die Erste Kammer hat die Gelegenheit der Revision des Militär-Aushebungsgesetzes wahrgenommen, um auf Anrathen ihres Ausschusses die Strafjäge auf unerlaubte Militär-Chen zu mildern. Das alte Militär-Strafgesetz erklärt nämlich Soldaten-Chen, wenn sie auch kirchenrechtlich gültig, aber ohne Erlaubnis der Militärbehörde geschlossen sind, geradezu für null und nichtig, und bedroht außerdem beide Theile mit gefährlichem Gefängnis, unter erschweren Umständen den Mann mit Arbeitshausstrafe. Dabei sollte es nach dem Entwurf des Rekrutierungsgesetzes fortan verbleiben und der Geistliche, der nach dem militärischen Konsenre nicht gefragt und dennoch getraut hatte, in Geldstrafe bis zu 500 Thlr. verfallen. Der Ausschuss hat den Militärgesetzen die Befugnis nicht einzuräumen wollen, kirchlich gültige Chen zu vernichten. Ausschuss und Kammer hielten es für genügend, wenn Ungehorsam des Soldaten in diesem Falle mit geschärftem Gefängnis bestraft würde. Beiden erschien es durchaus unpassend, auch die Ehefrau mit Strafen heimzuzuchen, und die Strafbestimmung gegen den Geistlichen haben sie ganz auf, um ihn der nachdrücklichen disziplinarischen Ahndung zu überlassen. So beschloß die Kammer einstimmig, also einschließlich ihrer drei Minister. Man durfte fragen, wozu die Regierung Bestimmungen vorschlägt, die sie in der Verhandlung nicht einmal vertheidigt, sondern schwiegend fallen läßt. Allein das Rekrutierungsgesetz hat auch schon in anderen Punkten deutlich erkennen lassen, daß der Entwurf dazu aus widerstreitenden Anträgen hervorgegangen ist. (Pr. 3.)

**Mecklenburg.** Schwerin, 27. Februar. [Zur Verfassungsfrage.] In der öffentlichen Sitzung des hiesigen Bürgerausschusses am 17. d. intimirte der Hofbaudr. a. D. Demmler (vergl. Nr. 44) zur Verhandlung und Beschlussfassung in der nächsten Sitzung nach ausführlicher Begründung, die von der Rechts-

beständigkeit des Staatsgrundgesetzes vom 10. Oktober 1849 ausgeging, den nachfolgenden Antrag: 1) Der Bürgerausschuß wolle den verehrlichen Magistrat eruchen, seine 1847 in so anerkennenswerther Weise behältigen Bemühungen um eine Reform der Landesverfassung, die in einem so schönen Einlaufe mit den offiziell ausgesprochenen Absichten unsers allerdrachtlustigsten Landesherrn stehen, nach Maßgabe der auf dem außerordentlichen Landtag vom 26. April 1848 gefassten Beschlüsse wieder aufzunehmen und schon jetzt durch Vorträge bei dem hohen Ministerium, eventualiter bei Serenissimo Allerhöchst selbst diese wichtige Sache zu befürworten, und 2) dem Magistrat die Bereitwilligkeit des Bürgerausschusses auszusprechen: falls der Magistrat die Einholung eines Rechtsgutachtens über die Rechtsbeständigkeit des Staatsgrundgesetzes vom 10. Oktober 1849, sei es von einem anerkannten Staatsrechtslehrer, oder von einer Juristenfakultät für wünschenswerth halte, die desfallsigen Kosten auf den Stadtkaufmann zu übernehmen. Vor einigen Tagen ist in Veranlassung dieses Antrages dem hiesigen Magistrat aus dem Ministerium unter allerhöchster Unterschrift der Befehl zugegangen, dem Bürgerausschuß die Verathung dieses Antrages bei namhafter Strafe zu untersagen. Man ist sehr begierig, welche Stellung der Magistrat in dieser Sache einnehmen wird, da nach der Stadtverfassungsurkunde weder dem Magistrat noch dem Ministerium ein Einfluß auf die Verathung der gehörig intimirten Anträge eingeräumt ist; ohnehin würde man aber das in Mecklenburg von den Bevorretheten mit seltener Ausdauer aufrecht erhalten ständische Prinzip verleben und fast ganz aufheben, wenn den verfassungsmäßigen Organen der Bürgerschaften sogar das Recht abgesprochen werden sollte, Wünsche und Bitten, die sie zum Besten ihrer Kommunen und des Landes für angemessen halten, nicht einmal mehr berathen und zur Kenntnis ihrer Obrigkeit bringen zu dürfen. (N. 3.)

**Schwerin.** 28. Februar. [Der Kirchenstreit.] Unsere sogenannte Kirchenkriege entwickeln sich noch immer mehr. Es ist bereits bekannt, daß Professor Baumgarten in Folge der neuzeitlichen Schrift Krabbe's, welche unter dem falschen Titel: „Lutherisches Bekennntniß“ im Grunde nichts wie Schmähungen gegen zwei theologische Fakultäten und den Professor Baumgarten enthält, sich verächtlich gehalten hat, gegen diesen seinen öffentlichen Beleidiger und Verleumder zu klagen. Der Konsistorialrat für die Befreiung der hiesigen Kirchen und Verleumding ist durch Advoaten R. Lange in Rostock bei dem akademischen Gericht bereits vor 2 Monaten anhängig gemacht. Erst nach dreimaliger Anrufung hat dieses Gericht nunmehr defretiert: die Sache sei ad causa gelöst. Da mehr sich die Rostocker Juristenfakultät, denn diese ist das akademische Gericht, bisher als Richtercollegium eines guten Rufes erfreute, um so großer und allgemeiner ist das Erstaunen über diesen richterlichen Bescheid. Bekanntlich hat der letzte Landtag seinen früheren mit großer Majorität gefassten Beschluß, in der Baumgarten'schen Sache das Recht der Landeskirche zu wahren, mit einer Majorität von 4 Stimmen wieder fallen lassen. Diejenigen, die ein jüngst eingetretenes Mitglied der Ritterchaft veranlaßt, diese Angelegenheit von einem bisher noch nicht berührten Gerichtspunkte wiederum in Anregung zu bringen. Der Gutsbesitzer A. Dethloff, der sich bereits als Führer des mecklenburgischen Landestandes in der protestantischen Opposition gegen unsere Kirchenfakultäten einen Namen erworben, hat dem engeren Ausschuss zu Rostock folgenden Antrag überreicht: „In Erwägung, 1) daß das wider den Dr. Baumgarten einen Konfistorialrat, wie von zwei theologischen Fakultäten nachgewiesen und von dem Verfasser des genannten Tractates selber zugegeben ist, nicht die heilige Lehre aufstellt; 2) daß die Konfistorialordnung von 1570, auf welche die Mitglieder des Rostocker Konfistoriums vereidigt sind, mit ausdrücklichen Worten unter ausdrücklicher Hintanlegung aller und jeder Menschenautorität, als alleinige Norm zur Beurtheilung aller theologischen Streitfragen funktioniert hat und endlich 3) daß die Aufrechthaltung der Konfistorialordnung den Ständen garantiert worden ist, wollen Stände beschließen, Serenissimum zu bitten, daß Rostocker Konfistorium wegen dieses Verfassungsbruches zur Verantwortung zu ziehen und das genannte Trachten zu kassieren.“ Dieser Antrag gewinnt um so mehr Gewicht, da man fortwährend bemüht ist, das Konfistorialerathen, obwohl es längst völlig unhalbar geworden ist, mit den anstößigsten Mitteln aufrecht zu halten. Bekannt ist der Versuch mit den Kandidaten. Obgleich nun dieser Versuch an dem Widerstande der jungen Theologen gescheitert ist, hat man doch neuerdings eine noch auffälligere Prozedur gewagt. Der Pastor Henneke in Dargen, ein ehrwürdiger Geistlicher des Landes, derselbe Instruktor der verstorbenen Herzogin von Orleans, hatte in einem vertraulichen Briefe Krabbe zum Eintritt aufgefordert. Dieser mache es mit dem freundschaftlichen Briefe, wie er es mit der Adresse der 600 mache, er denunzierte denselben. Auf diese Denunziation ist wider den Pastor Henneke wegen seines Briefes eine Untersuchung eingeleitet worden. (Pr. 3.)

**Großbritannien und Irland.** London, 27. Februar. [Todesfälle.] Das verstorbene exzentrische Parlamentsmitglied für West-Surrey, H. Drummond, war seinem religiösen Glaubensbekennnisse nach Irvingianer und verwandte einen bedeutenden Theil seines ansehnlichen Vermögens auf den Bau zweier Kirchen, welche dieser Sekte gewidmet sind, und deren eine in dem Dorfe Albury, die andre auf Gordon-square in London liegt. Er gehörte dem edlen schottischen Hause Strathearn an, welches den Earls von Perth entstammt. Sein Vorfahr in vierter Stufe, der vierte Viscount Strathearn, fiel im J. 1745 in der Schlacht bei Culloden, wo er auf Seiten der Anhänger des Prätendenten Karl Eduard kämpfte. Im Jahre 1825 stiftete H. Drummond auf der Universität Oxford einen Lehrstuhl für Nationalökonomie. Diese Professur haben nach einander W. B. Senior, Erzbischof Whately, D. Travers Twiss, H. Merivale ic. bekleidet. — Vor einigen Tagen starb im Alter von 84 Jahren der Marinekorps angehörige Generalleutnant T. Wright, ein alter Krieger unter Lord Nelson, unter dem er die Angriffe auf Rota und Cadiz im Jahre 1797 und die Schlacht am Nil mitmachte.

? — [Die Zustände auf den jónischen Inseln.] Vor Jahr und Tag beschäftigten die Angelegenheiten der jónischen Inseln, ihre Differenzen mit dem britischen Gouvernement und ihr projektiertes Anschluß an das ihnen durch des jüngsten Königs der Schätzammer, Sir William Gladstone, längere Zeit hindurch sehr lebhaft die öffentliche Aufmerksamkeit, und diese steigerte sich noch, als es schon anfangs schien, die Sendung des außerordentlichen Kommissars der britischen Regierung würde keinen wesentlichen Erfolg haben. Die Mission fand im November 1855 statt. Zuerst drängten die Ereignisse in Ostindien, dann aber der Krieg in Italien und die sich daran knüpfenden Wirren das Interesse an allen anderen Verhältnissen der europäischen Staaten fast gänzlich zurück. So war es auch mit den Angelegenheiten Jóniens. Nichtsdestoweniger sind dieselben wichtig genug, um sie nicht ganz aus den Augen zu lassen. Deshalbtheilen wir aus dem neuesten Berichte eines dortigen deutschen Handelsagenten das Nachfolgende mit. Der Berichtsteller sagt: „Der sehr umfängliche Gladstone begann seine Wirksamkeit damit, daß er fest erklärte, er sei keineswegs gekommen, um die Thatsache des britischen Protektorats, welches durch die Verträge von 1815 und vom 17. Mai 1817 verbrieft und verbürgt sei, zu erörtern, sondern um die Schwierigkeiten der Wirtschaft und die Mängel in der Verwaltung zu befeitigen. Hier tritt uns also die streng aufrechthaltung der Verträge, keineswegs der in der Gegenwart in den Angelegenheiten Mittel-Italiens von der britischen Regierung aufgestellte Grundplan der Selbstregulierung entgegen. Der damalige Minister der Kolonien, Labouchère, schrieb am 25. November nach Korfu, daß die Regierung sich nicht an die europäischen Mächte zu wenden gedachte, mit deren Bestimmung nur die Aufhebung der Verträge zu bewirken sei, durch welche England die Schutzherrschaft über Man wollte also von einem Kongresse oder etwas dem Ähnlichen nichts wissen.“

Was den Erfolg der damaligen Mission Gladstone's anbetrifft, so zeigt sie sich in Betreff der englischen Interessen als gelungen. In den Herzen der Jonier aber liegt im Ganzen die alte Unzufriedenheit mit dem Schicksal, welches die von einem der vier Hauptstämme der Hellenen bewohnten Inseln vom Untergange des lydischen Reiches und der Herrschaft des Cyrus und Alexander d. Gr. an zu einem Spielball der Römer, der byzantinischen Kaiser, Neapels, Venetien, Frankreichs, Russlands, der Pforte und zuletzt Englands gemacht. Sie scheinen aber unter keinem Regime in Beziehung auf ihre Verfassung und Verwaltung und in keiner Periode so beschränkt gewesen zu sein, als unter der jüngsten Schuhherrschaft des freifinnigen Englands, denn der britische Lord-Oberkommissar hat die Wahl und Ernennung des Präsidenten der vollziehenden Gewalt, und selbst die Senatoren können nur mit dem Vorbehalt seiner Genehmigung gewählt werden. Von dem aus 40 Mitgliedern bestehenden gegebenden Körper wählt Englands Stathalter wieder 11 Mitglieder. Sie bilden das sogenannte Premierkonsell, das die Wahllisten für die übrigen 29 Mitglieder ebenfalls unter dem Einflusse des Oberkommissars aufträgt. So sind Verwaltung und Gesetzgebung in den Händen der Schuhherrschaft. Dieses Verhältniss ist, erkannnte die Mehrzahl der Jonier selbst manche Verbesserungen und materielle Vorteile, welche England herbeigeführt hatte, nicht an. Die Inseln Korfu und Paros haben aber in der wohlhabenden Schicht ihrer Einwohner eine kleine von England gewonnene Partei, die im Jahre 1857 die Nachfrage verbreite, beide genannten Inseln wünschten den Kolonien Englands einverlebt zu werden, und der damalige Lord-Oberkommissar John Young bekleidete am 10. Juli 1857 in einer Depesche an den damaligen Kolonialminister einen Wunsch so darzustellen, als habe ihn die ganze Einwohnerschaft von Korfu verlangt. Gegen diesen Bericht legte der Gemeinderath der gedachten Hauptinsel unter dem 25. November 1859 einen später durch zwei Denkschriften erläuterten Protest ein, und am 27. Januar 1859 erklärte die gegebende Versammlung, „es sei der alleinige und einmütige Wille der ganzen Bevölkerung, sich oder mit anderen Worten alle sieben Inseln dem Königlichen Griechenland anzuschließen.“ Damals befand sich schon Gladstone in Korfu. Er erklärte darauf, daß dieser Beschluß verfassungswidrig und höchstens in Form einer Bittschrift einzureichen sei. Schon am 5. Februar machte der provisorische Oberkommissar der gegebenden Versammlung die Mitteilung, daß die Königin das vorgetragene Gesuch abgelehnt habe. Zugleich hatte Gladstone dem jünglichen Palamit 17 die Reform betreffende Punkte vorgelegt. Sie wurden verworfen. Unterdessen war statt des abverufenen, schon lange mühselig geworbenen Sir John Young und des nach England zurückgekehrten Gladstone der General Henry Storks als Lord-Oberkommissar an die Spiegelei gesetzt. Dieser erklärte, er bedauere die Verweigerung der heiligen Verbesserungsvorschläge, er müsse und würde nun mit der in seiner Hand liegenden, durch die Verfassung verbrieften Gewalt im Werke der Verbesserung fortfahren. Diese Weisheit haben die alte Augsriedenheit noch mehr gesteigert, und die Sehnsucht, auf eine oder die andere Weise vor der diktatorischen Bewahrung Englands freiz zu werden, wahrlich nicht gemindert. Dazu aber ist wenig Hoffnung, denn die Macht Großbritanniens, gefügt auf die von ihr selbst entworfenen und aus Rücksichten, welche die damaligen Verhältnisse Europa's geboten, zuerst von Russland und später von Österreich garantirten Staatsverträge, hält die nun fast ein halbes Jahrhundert besessene Schuhherrschaft und das neuergangene von Adelbert Prinz, der Regelung der Annexionsbereiten der Staaten durch sich selbst findet keine Anwendung auf das arme Jonien, denn es ist ja im Schuge Englands.“

**London.**, 29. Februar. [Parlament.] In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erklärte Lord John Russell, England habe von Spanien keine Gelegenheit in Bezug auf den Tarif verlangt. Auf eine Interpellation Horrmans erwiederte er, Frankreich habe eine Abänderung des Handelsvertrages in Betreff der Kohlenausfuhr angeboten, England jedoch den Vorschlag abgelehnt. Die von Gladstone beantragte, die Weingölle betreffende Resolution ward angenommen. (R. 3.)

### Frankreich.

**Paris.**, 26. Februar. [Diplomatische Unterhandlungen.] Der Kaiser ist unwohl und hat weder die Ministerierung am 24. d. noch die Sitzung des geheimen Rates, die ihr folgen sollte, abgehalten. Das Unterbleiben dieser beiden Berathungen hat auch zu der Auslegung Veranlassung gegeben, daß der Kaiser nach der Ankunft der russischen Antwort auf die englischen Vorschläge, die ihm sehr unangenehm verübt hätte, noch keinen weiteren Entschluß gefaßt habe und deshalb seine Nähe noch nicht versammeln wollte. Über die russische Antwort höre ich Folgendes (was auch neuerdings von uns aus anderer Quelle Mitgetheiltes bestätigt; d. N.): Russland lehnt die Vorschläge im Allgemeinen als unverträglich mit seinen Staats- und dem bestehenden Völkerrechte ab und zwar sowohl dem Inhalte als der Form nach. Es sagt, daß es sich um eine Veränderung der Verträge von 1815 handle, und daß eine solche nur durch die europäischen Mächte selbst geschehen könnte. Es schlägt daher eine Konferenz der fünf Großmächte zur Ordnung der italienischen Angelegenheit vor. Preußen hat in ähnlicher Weise geantwortet. Auch wird hinzugefügt, die beiden Mächte hätten angegedeutet, daß wenn die Annexion Mittelitaliens dennoch stattfände, sie diese Veränderung nicht anerkennen würden. Ohne die Authentizität dieser Nachrichten verbürgen zu wollen, bemerke ich daß sie aus guter Quelle kommen. Die französische Diplomatie hätte danach einen neuen Rückschritt hinsichtlich der Annexion Mittelitaliens gethan und Victor Emanuel durch eine besondere diplomatische Mission wissen lassen, daß Toscana und die Legationen nicht zu Piemont kommen könnten. Mit dem angezeigten Einverständnisse wäre es also nichts gewesen. Der allerleiste Vorschlag, den man dem Papste gemacht haben soll, wäre, daß er die Legationen behalte, sie aber durch einen Staten verwalten lasse. Man glaubt, Pius IX. werde hierauf eingehen, unter der Bedingung jedoch, daß Frankreich ihm den Besitzstand seiner sämtlichen Staaten garantire, was es, trotz der Zusage von Reformen, nach Villafranca bekanntlich ausgeschlagen hat. An den österreichisch-russischen Vertrag, von welchem „Morning Chronicle“ zuerst gesprochen hat, glaubt man hier nicht, wohl aber an Unterhandlungen zwischen beiden Staaten, die eine Annäherung zur Folge haben könnten, wenn Österreich die Vortheile des Vertrages von 1856 aufgibt. Vornehme Russen sprechen hier im Gegenthil von nichts Geringerem, als von einer Theilung Österreichs und des Orients, für den Fall daß Frankreich sich zu einer Vernichtung der Stipulationen von 1856 hergäbe, wie denn das Schmollen Russlands überhaupt besonders von seinen Enttäuschungen in Beziehung auf die ihm von Frankreich rücksichtlich des Orients gemachten Hoffnungen herkommt. Uebrigens glaubt man allgemein, daß die orientalische Angelegenheit die italienische sehr bald in die zweite Linie drängen wird. Das im „Moniteur“ erschienene Dekret über die Reorganisation der Artillerie und die Schöpfung dreier neuer Artillerie-Regimenter verdient unter den jetzigen Umständen besondere Aufmerksamkeit. (R. 3.)

[Wiederbewaldung der Gebirgsabhänge.] Es ist bekannt, daß seit die Wälder mehr und mehr verschwinden, die Überschwemmungen der großen Flüsse von Jahr zu Jahr gefährlicher werden. Das Programm des Kaisers vom 5. Jan. hat auch diesen wichtigen Punkt in Obacht genommen und den Ministerrath beauftragt, auch einen Gesetzentwurf über die Wiederbewaldung der Gebirgsabhänge auszuarbeiten. Der „Moniteur“ publizierte vor einiger Zeit den hierauf bezüglichen Bericht des Finanzministers an den Kaiser. Danach sind es namentlich 26 Departements, welche,

durch mehrere Gebirgsketten der Alpen, Pyrenäen, Sedennen und der Auvergne Berge durchzogen, dringend der Wiederbewaldung der Bergabhänge bedürfen, von denen der Zufluß zur Rhone, Isère, Loire, Durance, Garonne u. herabkommt. Das wieder zu bewaldende Terrain ist 1.133.743 Hektaren groß, davon 40.110 dem Staate, 532.816 den Gemeinden und 560.787 Privatleuten gehören. Wenn jährlich auf eine gewisse Reihe von Jahren 500.000 Frs. im Budget bewilligt werden, hofft der Finanzminister das dem Staate gehörige Terrain vollständig in Wald verwandeln zu können; was das übrige Terrain aber anbelange, so werde der Staat die Bewaldung, gleichwie die Urbarmachung des Landes gegen Rückstättung oder Abtreitung der Hälfte der neugewonnenen Waldstrecken an ihn, übernehmen, eine Subvention von 10 Millionen auf zehn Jahre bewilligen und die Kosten durch allmäßige Veräußerung der Staatsforsten fährlich für eine Million decken müssen.

**Paris.**, 27. Febr. [Die italienische Frage] ist neuerdings in eine Phase eingetreten, in welcher gewisse, scheinbar längst bestiegene Elemente noch einmal zur Geltung gelangen. Die Antiannexionisten regen sich mit verdoppelter Energie, so gering auch ihre Partei in Italien ist. Daß Pepoli von Paris aus seine Entlassung eingerichtet hat, war an sich schon ein nicht unwichtiger Beweis für Louis Napoleons fortwährende Abneigung gegen die vollständige Annexion Mittelitaliens. Auch hat sich der Kaiser offen in diesem Sinne gegen einen der angesehensten Antiannexionisten ausgesprochen. Nicht als sei der kirchliche Einfluß gestiegen! Im Gegenteil, das Interesse der Legationen wird von dem Toscanas nicht getrennt. Die Antiannexionisten meinen, da Italiens revolutionäre Kraft schwach, und seine Unabhängigkeit immer fort gefährdet sei, müsse es sich ganz an Frankreich anschließen und Napoleons Willen unterordnen. Die neuen Punktionen beziehen sich auf ein selbständiges Toscana, womöglich unter einem eigenen Fürsten aus der savoyischen Dynastie. In Kürze ist des Kaisers neuestes Programm, wie es schon dem sardinischen Geschäftsträger verkündigt wurde, folgendes: Frankreich eignet sich ganz Savoyen und Nizza an, ohne auch nur die neutralistischen Distrikte der Schweiz abzutreten, Parma und Modena werden mit Piemont vereinigt, dagegen Toscana, vielleicht erst durch eine Abstimmung, dem Herzog Eugen von Savoyen, dem sechsjährigen Sohne der verwitweten Herzogin von Genua gegeben, da die Florentiner zweiselsohne, wenn ihnen nur die Wahl zwischen einem Erzherzog und einem Garignan, gelassen wird, für den Letzteren sich entscheiden. Die Legationen werden abstimmen, ob sie zu diesem erneuerten Toscana oder zu Piemont geschlagen sein wollen, jedenfalls aber unter der scheinbaren päpstlichen Oberhoheit bleiben, als deren Befehl der erwählte Fürst regieren würde. Daß die Legationen in einem solchen von Frankreich aufgestellten Dilemma für Sardinien votiren werden, steht wohl außer Frage. — In diesem neuen Programm liegt auch die Erklärung, warum Cavour noch mit der Berufung der Abgeordneten Mittelitaliens zögert. Was Chablis und Faucigny betrifft, so ist d. r. schweizer Bundesrat schon durch eine französische Declaration dahin gedrängt worden, Herrn Courtois entschiedenes Aufstreben gleichsam zu desavouiren. Wegen der Abtreitung des ganzen Savoyens und der Grafschaft Nizza brauchte der Kaiser nur mit der Drohung, seine Truppen aus der Lombardie zurückzuziehen, hervorzutreten, um einen geschmeidigen Alliierten zu haben. Die Angst vor Österreichs hilft ihm also in Turin, wie die Angst vor der Revolution in Rom. Dies sind die Zustände des gegenwärtigen bewaffneten Friedens. Der Kaiser Napoleon III., der endlich an Thouvenel einen fähigen, in alle seine Pläne eingeweihten Minister gefunden hat, mit dem er täglich arbeitet, verhält sich keineswegs die Schwierigkeiten der Lage. Er weiß recht gut, daß die Vergrößerung des französischen Gebietes das Misstrauen der ohnehin zu fortwährenden Rüstungen genötigten Großmächte bedeutend erhöht, ja, indirekt zum Wiederaufbau der heiligen Allianz beiträgt. Es möchte wohl seinem Lande einige Jahre ungetrübten Friedens schenken, und vor allen Dingen für seine Dynastie die Gefahren einer europäischen Koalition vermeiden. Die russische Allianz ist längst sehr gelockert, und was die englische Allianz anlangt, so ist mehr auf Englands allgemeine Friedensliebe, als auf seine aufrichtige Sympathie zu bauen. Die Annexion Savoyens hat also an sich viel Bedeutliches, dafür kann sie aber auch gelegentlich die Aufstellung eines ganzen Armeekörpers ersparen. Und im Nothfall hat es Napoleon III. immer noch in der Hand, durch Auseinandersetzung der orientalischen Frage Europa zu beschäftigen und die Großmächte wenigstens England und Russland, auseinanderzuhalten. Mehr von diesem Gesichtspunkt aus, als wegen der Möglichkeit eines zweiten italienischen Krieges, wird hier auch den ungarischen Konflikten große Aufmerksamkeit geschenkt. (R. 3.)

[Tagesbericht.] Der Kriegsminister hat durch Rundschreiben alle militärischen Schulen schließen lassen, in welchen die Mitglieder der Bruderschaft des heiligen Vincens von Paula Unterricht erhalten. Der Anfang wurde mit der Militärschule von Blois gemacht. Eine Abtheilung Soldaten wurde am letzten Donnerstag an dem Eingange der dortigen Schule der Brüder der christlichen Lehre aufgestellt, um die Soldaten, die sich einsanden, wegzuwünschen. Die genannte Gesellschaft zählte viele Schüler in der Armee. — Der Marquis de Pepoli, Finanzminister der provisorischen Regierung in Bologna, ist am 26. d. in Mailand angekommen. — Das Dekret über die Reorganisation der Artillerie ist nichts weniger als unbedeutend. Die dreißig Parkbatterien, welche abgeschafft werden, haben lange nicht den Werth der neugeschaffenen zwanzig Fußbatterien; die Reorganisation läuft auf eine Verstärkung der Artillerie um nicht weniger als zweihundert Geschütze hinaus. — Marschall Neille ist gesährlich erkrankt. Dieser jetzt 85jährige Greis ist der letzte Marschall des ersten Kaiserreichs. Bei Waterloo kommandierte er das Armeekorps, in welchem Prinz Jerome als Divisionsgeneral stand. — Der Prinz Joseph Napoleon, Sohn des 1857 gestorbenen Prinzen Karl Bonaparte und (durch seine Mutter) Enkel Joseph's, vormaligen Königs von Neapel und Spanien, hatte gleich nach dem Bekanntwerden der päpstlichen Encyclica Rom verlassen zu müssen geglaubt und sich hierher begeben. Als bald hat ihm der Kaiser den Titel Kaiserliche Hoheit verliehen. — Die Mitglieder des Malteser-Ordens sind nach Rom beschieden, wo über die Neugestaltung des berühmten Ordens berathen werden soll. — In Saint Louis am Senegal soll ein katholisches Bistum errichtet werden. — Der Bischof von Arras und Pater Lacordaire haben beide eine der zeitlichen Herrschaft des Papstes günstige

Schrift veröffentlicht. Herr Arnaut (de l'Arrigie) hat bei Dentu eine neue Broschüre im entgegengesetzten Sinne veröffentlicht. Heute Nacht stürzte und regnete es in Paris ohne Aufhören; bei Tagesanbruch legte sich das Unwetter etwas, gegen 10 Uhr brach es aber mit erneuter Gewalt los. Seit Jahren gab es in Paris keinen solchen Sturm. Man konnte sich nur mit Mühe auf den Straßen und besonders auf den freien Plätzen bewegen. Die sonst so ruhige Seine schlug ungeheure Wellen; mehrere kleine Fahrzeuge konnten denselben nicht widerstehen und gingen unter. Viele Bäume des Tuileriengartens und der anderen öffentlichen Promenaden wurden entwurzelt; zahlreiche Schornsteine stürzten zusammen, und mehrere Dore, wie z. B. der Carrousselplatz, waren mit Schiefersteinen bedeckt. So groß war die Gewalt des Windes, daß die Schiefersteine 2—300 Fuß weit flogen. Von größeren Unglücksfällen hörte man nichts; nur wurde in den Champs Elysées ein Omnibus umgerissen. Fast alle Telegraphenstangen wurden von dem Sturme zu Boden geworfen. Mit Ausnahme der Linien von Paris-Bordeaux, Paris-London und Paris-Brüssel ist der Dienst auf allen anderen eingestellt worden.

— [Depesche an den französischen Botschafter in Wien.] Die schon telegraphisch in Nr. 50 erwähnte Note des neuen französischen Ministers des Auswärtigen, Herrn Thouvenel, vom 31. Januar an den französischen Botschafter in Wien, Marquis von Moustier, ist unter allen diplomatischen Aktenstücken, die in jüngster Zeit veröffentlicht worden sind, eines der merkwürdigsten, da sie einen Überblick der französischen Politik seit dem Frieden von Villafranca gibt. Die Note lautet nach dem Constitutionnel, wie folgt:

Paris, 31. Januar 1860.

Herr Marquis! Meine letzte Depesche hat die Vorhabe in Betreff Italiens, zu denen die Regierung Ihrer britannischen Majestät die Initiative ergriffen, so wie die Aufnahme, welche dieselben von meiner Seite geführt, gegen den Befehlen des Kaisers zu Ihrer Kenntnis gebracht. Wir begreifen die niedrige Erwartung, daß das Wiener Kabinett den Charakter unserer Antworten, so wie die Gefühle des Freimuths und der Aufrichtigkeit, von denen dieselben eingegangen werden, zu würdigen wissen werde. Indem ich von meiner Amtszeit unter den damaligen Konjunkturen Besitz ergreife, befnde ich mich einer schwierigen Lage gegenüber, deren Verlängerung die starken Gefahren für Europa hervorruft würde, und ich habe mich deshalb vor allen Dingen mit den Mitteln, um der selben ein Ziel zu stecken, beschäftigen müssen. Aus den Unterredungen, die ich mit meinem Vorgänger gehabt, wie aus der aufmerksamen Durchsicht der Aktenstücke, die ich mit einem von jedem Vorurtheile freigehaltenen Geiste vorgenommen, hat sich bei mir eine Überzeugung gehoben, die ich pflichtgemäß dem Kaiser nicht verbreiten durfte, und Se. Majestät hat mich beauftragt, Ihnen unumwunden meine Meinung darzulegen. Ohne weiter in die Vergangenheit zurückzugehen, beginne ich bei den Thatsachen, wie sie am Tage der Unterzeichnung der Präliminarien von Villafranca selbst standen. Am Tage nach diesem denkwürdigen Ereignisse charakterisierte der Kaiser, der, wenn ich so sagen darf, noch ganz voll von den Erinnerungen seiner Zusammenkunft mit seinem erbauenden Gegner vom vorigen Tage war, in einer an sein Heer gerichteten Proklamation das Ergebnis, daß er, ohne den Krieg weiter fortzusetzen, Dank der Mäßigung der beiden Herrscher, erlangt zu haben glaubte. Die Grundbedingungen des Friedens sind mit dem Kaiser von Österreich, so äußerte Se. Majestät, am 13. Juli d. J. festgestellt. Der Hauptzweck des Krieges ist erreicht: Italien wird zum ersten Male eine Nation. Venetien bleibt, es ist freilich wahr, unter Österreichs Szepter; es wird aber desseinen einer italienischen Provinz werden. Die außerhalb der Bewegung gebliebenen oder in ihre Besitzungen zurückverfahrenen Regierungen werden die Notwendigkeit heilsamer Reformen begreifen.... Italien, das fortan Herr seiner Gefüchte ist, wird sich nur selber die Schuld beizumessen haben, wenn es in der Ordnung und Freiheit keine regelmäßigen Fortschritte macht. Indem der Kaiser diese Worte sprach, hoffte er die Hoffnung, daß die neue Organisation Italiens sich mit der Herstellung der alten Dynastien unter gewissen festgestellten Bedingungen vereinigen lasse. Se. Majestät gefiel sich namentlich in dem Gedanken, daß die Häupter dieser Dynastien den Schwierigkeiten, welche sie zu überwinden hatten, aus eigenem Antriebe begegnen würden, um sich die Stimme ihrer Untertanen wieder geneigt zu machen, und daß die vorherige Zeit nicht verloren werde. Was jedoch ist im Gegenheil geschehen? Die im Besitz ihrer Staaten gebliebenen alten Regierungen haben keine der Reformen, die der Kaiser im Auge hatte, ausgeführt. Der heilige Stuhl hat, obgleich er sich gezeigt hat, in diesem Punkte unsern Wünschen Rechnung zu tragen, um unbestimmte Zeit die Verwirrung seiner Zusagen vertagen zu müssen geglaubt. Die österreichische Regierung hat über die hochherigen Absichten, welche dem Kaiser in Betreff der Regierung von Venetien dargelegt worden waren, stillschweigend beobachtet. Der Herzog von Modena wollte mit Waffengewalt in seine Staaten zurückkehren, und der Großherzog von Toscana hat, bevor er einen Entschluß fasste, den die Interessen seines Hauses ihm ohne Vergug zu fassen drängte, gewartet, bis eine Nationalversammlung zusammentrat, um seine Übergabe zu verhindern. Die allgemeine Lage war, mit einem Worte, bereits arg verschlimmert, als die Verhandlungen zur Unterzeichnung des Friedensvertrages in Zürich eröffnet wurden.

Die Regierung des Kaisers hat desseinen geachtet, treu ihren Zusagen, offen die Reservirung der dynastischen Rechte in Toscana, Modena und selbst in Parma, wiewohl in Villafranca zu Gunsten des Herzogs Albert nichts verabredet worden, zugestanden. Während von der Regierung des Kaisers in den Süddörfern Stipulationen dieses Unterstand gegeben ward, waren zwei Abgeordnete, der Graf v. Reiset zuvorderst und etwas später der Fürst Poniatowski, dessen frühere Beziehungen in Toscana besonders diese Sendung empfanden, beansprucht worden, sich nach Mittelitalien zu begeben, um dagegen Entschuldigungen zu ertheilen und in Ernahmungen nicht sparsam zu sein. Der Eindruck, den ihre Schritte machten, legt gewiß die Aufrichtigkeit derselben zur Genüge dar. Ich nehme keinen Anstand, mich über diesen Punkt auf die Nachrichten zu berufen, welche der Wiener Hof einzuhören vermochte. Die Regierung des Kaisers, die von dem lebhaften Wunsche besezt war, nicht bloß ihre Zusagen zu halten, sondern zugleich erfolgreich auf das Gelingen einer Lösung hinzuarbeiten, welche ihr geeignet schien, die Ruhe und Unabhängigkeit Italiens sicher zu stellen, hat kein Bedenken getragen, ihre Popularität auf Spiel zu setzen. Die Sprache, welche sie in jener Epoche zu Turin führte, trug denselben Stempel der Einfachheit. Ihre Anstrengungen sind sämlich an dem Widerstande der Bevölkerungen gescheitert. Seiner Majestät Regierung hatte, nachdem in solcher Weise keine Schritte gespart worden, um die Aussöhnung der Fürsten mit ihren Bülkern herzuführen, Angehörige der Wirkungslosigkeit dieser maßnahmen Verzweigungen, und da sie die Lösung, welche zu beginnigen verprochen, um so lebhaft der zurückgewiesen sah, je entschiedener sie auf die Annahme derselben bestand, geäußert, die Autorität des zu Rath versammelten Europa würde den Gegenstand, den sie zu erreichen strebte, durchsetzen, um vor allen Dingen ihren Verpflichtungen nachzukommen, und ohne die Minnowirkung der übrigen Kabinette an der Befreiung des Widerstandes, auf den sie in Mittelitalien stieß, verzweifelt, hatte sie deshalb den Zusammentritt eines Kongresses zur Sprache gebracht. Besser als eine andre Macht in Österreich von der Ausdauer unterrichtet, mit der wir diesen Verhaltungsplan befolgten. Es weiß nicht minder, wie sehr wir die Einwendungen befragt haben, auf welche die Einberufung der Bevölkerungen stieß, als diejenigen im Begriff waren, zusammenzutreten. Es ward mit dem Regierung des Kaisers etwas zugereut, was wir, wie der Wiener Hof seit geraumer Zeit wußte, weder thun konnten noch wollten, nämlich die Anwendung von Gewalt, um eine Lösung aufzuzwingen. Ich will nichts sagen, was Österreich in Städten verlegt, noch weniger möchte ich ein Wort, wodurch es sich verlegen fühlten, fallen lassen; aber könnte diese Macht beauftragt werden, selbst zu der Wiedereinigung der entthronten Dynastie zu schreiten, ohne daß das Ergebnis des Krieges vernichtet und das Ziel derselben verletzt werden würde? Oder könnte Frankreich seinerseits den Bevölkerungen Gewalt antheilen, ohne seine eigenen Grundsätze mit Füßen zu treten? Ich überlasse es der Régularität des Grafen v. Reiset, diese Fragen zu beantworten. So liegt in beiden Richtungen die moralische Unmöglichkeit, zu handeln, vor.

Hier ist überdies der Ort, um auf eine neue Thatsache hinzudeuten. In Erinnerung an das, was vor zehn Jahren geschehen ist, hätte man glauben können, daß die Anarchie in Mittel-Italien die Oberhand gewinnen und der zerstreuende Geist der Demagogie bald Alles überschwemmen werde. Diese Voraussetzungen sind noch nicht in Erfüllung gegangen, und welchem Einstande die

ses Ergebnis, je nach den verschiedenen Gesichtspunkten, auch immer zugeschrie-  
ben wird, das steht fest, daß trotz der in den Zeitsäften begründeten Aufregung und trotz der Unregelmäßigkeit der Staatsgewalten schließlich überall Ordnung geherrscht hat. Der ungewöhnliche Ausblick, den Staaten bot, hat die Einen überrascht, den Andern Theilnahme eingeschlägt, und letztere Empfindung machte sich in einem Theile Europas mit solcher Gewalt Luft, daß darüber nicht weiter zu streiten ist. Daraus ergab sich eine Lage, welche weder die Regierung des Kaisers noch Österreich wegen der Folgen, die eine irrtümliche Beurtheilung der Strömungen der öffentlichen Meinung herbeiführen würde, ohne ernstliche Erwägung lassen durfte. Gott soll uns bewahren, daß wir nicht eben so tief, wie jeder, von der Heiligkeit übernommener Verpflichtungen überzeugt wären! Aber hat Frankreich sich verpflichtet, um jeden Preis und mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die Dynastien von Parma, Modena und Toscana wieder auf ihre Throne zu setzen? Weider die Stipulationen von Villafranca noch die von Zürich haben sicherlich diese Tragweite. Frankreich sagte nur seine moralische Mitwirkung zu, und diese Mitwirkung, das wird ihm nach sechsmaligen Bemühungen gewiß zugestanden werden müssen, hat sich als erfolglos erwiesen. Sein Bedauern, darüber darf das Wiener Kabinett keinen Zweifel hegeln, ist aufrichtig und tief; die Regierung des Kaisers spricht sich ohne Rücksicht aus; aber sie sieht sich gezwungen, unüberwindlichen Schwierigkeiten Rechnung zu tragen, auf deren Lösung durch den Einfluß eines Kongresses die österreichische Regierung selbst, wie eine neuerdings erfolgte Mithilfe des Fürsten Metternich beweist, nicht mehr zu hoffen wagt. Muß man vor einem solchen Hindernisse auf unbefestigte Zeit stehn? Muß man die Augen vor dem Gefahren verschließen, welche der Zustand der Ungewissheit auf ganz Europa lasten läßt? Muß man alles dem Zufalle überlassen auf die Gefahr hin, zu erleben, daß rein revolutionäre Gesinnungen mit Gewalt Gesinnungen verdrängen, welche es billige wünschen, nicht mehr von Österreich verlangen, die unbedingt zu verdammen es aber ebensoviel von einer aus der Volkswahl hervorgegangenen Regierung verlangen kann? In diesem gefährlichen Spiele würden die monarchischen Ideen, welche bisher die italienische Bewegung fortwährend charakterisierte, bald Ideen anderer Art Platz machen. Die Bevölkerungen würden sich zulegen an eine Regierung gewöhnen, welcher nichts mehr als ihr wahrer Name fehlt, eine Regierung, die gewissermaßen den Grund ihres Daseins in alten Überlieferungen finden würde, deren Spur in gewissen Theilen der Halbinsel noch nicht verwischt ist. Ich nehme nicht an, daß diese Betrachtungen dem Kaiser Franz Joseph niemals in den Sinn gekommen sein sollten, und den Geiste des Kaisers Napoleon durften sie nicht entgehen. Wie soll man nun aber von dem Augenblick an, wo die Verwendung einer freuden Streitmacht von allen Auskunftsmitnellen ausgeschlossen ist, aus dieser Sackgasse herausgelangen? Die Regierung des Kaisers hält die tiefe Überzeugung, daß der leste der vier englischen Vorschläge dazu dienen kann, das Mittel anzugeben. Sie weiß, daß der Wiener Hof, falls er diese Überzeugung teilt, sie doch nicht offen aussprechen würde. Was sie von seiner Weisheit hofft, ist, daß, wenn auch der Unterschied der Prinzipien zu verschiedenen Ansichten führen kann, ja, manchmal führen muß, es deshalb doch nicht nötig ist, daß daraus, falls auf beiden Seiten die Ehre gewahrt ist, unheilvolle Konflikte entspringen, die den Absichten Frankreichs und Österreichs gleich fern liegen.

Lassen wir für einen Augenblick die Nebensachen bei Seite und gehen gerade auf die Hauptfrage los, welche die Lage beobachtet. Jahrhunderte lang war Italien ein Schlachtfeld, welches einem Kampfe des Einflusses zwischen Frankreich und Österreich offen stand. Dieses Feld muß auf immer geschlossen werden. Wenn eine der beiden alten Nebenbuhlerinnen ein Opfer darbrachte, welches der andern direkt zu Gute käme, wenn die Herrschaft über Italien bloß aus einer Hand in die andre überginge, so daß sie uns wiederum auf eine Zeit angehört, so würde die Frage einen Anblick gewähren, der jede Diskussion müßig und unfruchtbare mache. So liegt aber die Debatte gar nicht. Frankreich sucht nicht, sich in Italien an die Stelle Österreichs zu setzen; es handelt sich vielmehr darum, Italien selbst als eine dazwischen liegende Macht zu konstituieren, als eine Art Gebiet, welches hinsichtlich der abwechselnd vorberückenden und immer un Sicherheit der einen oder der anderen der beiden Mächte unzugänglich ist. Außerhalb einer solchen Lösung, die ich mache keine Schwierigkeit, es einzuräumen, wo nicht ihrem Geiste, so doch wenigstens ihrer Form nach, diejenige nicht ist, welche zu Villafranca und Zürich in Aussicht genommen war, jude ich vergebens eine andere Lösung, welche nicht die Elemente neuer Stürme für die Zukunft enthielt. Kommt diese Lösung im Gegenteil, ich will nicht sagen: mit der Zustimmung des Wiener Kabinetts, einer Zustimmung, welche die Regierung des Kaisers nicht zu erlangen sucht, aber doch ohne seinen ausdrücklichen Widerspruch zu Stande, so würde das schärfste Auge künftig keine Ursache weiterer Streitigkeiten zwischen Frankreich und Österreich entdecken können; es giebt wirklich kein einziges bedeutendes Interesse in Europa mehr, über welches beide sich nicht leicht verständigen könnten. Mit dieser Übereinstimmung des Interesses würde der Kaiser, ich bin von ihm ermächtigt, dies auszusprechen, seinerseits das Gefühl einer ganz besondern Achtung für den Souverän und die Regierung verbinden, welche in eben so deftaten als feierlichen Verhältnissen ihm gegenüber einen guten Willen beweisen, den Se. Majestät stets hochschätzen würde. Ich brauche nicht hinzuzufügen, daß, wenn sich die kaiserliche Regierung den vor der Regierung Ihrer britannischen Majestät gemachten Vorschlägen anschloß, sie eine Ehre darein segnen würde, die Ausführung derselben mit allen wünschenswerthen Garantien der Aufrichtigkeit zu umgeben, und daß, wenn noch irgend eine Chance der Restaurierung der abgesetzten Dynastien übrig wäre, wir gewisshaft darüber wachen wollten, daß ihnen nichts davon entzogen würde. Sie werden bemerken, Herr Marquis, daß ich Ihnen bis jetzt nichts von der Lage der Romagna gesagt habe. Diese Frage ist eben nicht, wie die der Herzogthümer, Gegenstand ausdrücklicher Stipulationen zwischen Frankreich und Österreich gewesen. Ich behalte mir vor, sie in einer nächsten Despatch zu behandeln. Gleichwohl nehme ich keinen Anstand, schon heute zu sagen, daß, wenn in Bezugnahme auf die internationalen Alte, an denen sich der Wiener Hof in derselben Weise wie wir beteiligt hat, die Regierung des Kaisers den Besitz der Regionen durch den heiligen Stuhl nur aus einem weitlichen Gesichtspunkte betrachten kann, sie deshalb höchstwahrscheinlich bitter bestreitet, daß der Hof von Rom, taub gegen die ihm ertheilten Rathschläge, ja, man kann mit noch mehr Recht sagen: gleichgültig gegen den einstimmigen Rath Europas seit 1831, so wie gegen die Lehren der Ereignisse, es dahin hat kommen lassen, wohin es jetzt gekommen ist, und daß wir unter der alleinigen Bedingung, daß das Prinzip der Nicht-Intervention von Seiten der auswärtigen Mächte aufrecht erhalten würde, uns noch zu allen Mittelwegen und Kombinationen bereit sind, lassen würden, welche für geeignet erachtet werden sollten, eine weniger radikale Lösung als die Zerstückelung herbeizuführen. Sie werden wohl, Herr Marquis, diese Despatch dem Herrn Grafen Reichenberg zu lesen geben und, wenn er es wünscht, davon eine Abfertigung aufstellen. Genehmigen Sie ic. Thouvenel."

Paris, 28. Februar. [Teleg. r.] Die heutige "Patrie" sagt: Die öffentliche Meinung sei durch die Nachricht des "Morning Chronicle" von einem Offensiv- und Defensiv-Bündnisse zwischen Österreich und Russland bewegt. Die "Patrie" habe Ursache zu glauben, daß das englische Journal das Echo eines grundlosen Gerüchts sei.

### Italien.

Turin, 26. Febr. [Die Annexion Mittelitaliens.] Nach einer Pariser telegraphischen Meldung hat der russische Gesandte im Namen seiner Regierung dem Grafen Cavour vorgestellt, welche große Verantwortlichkeit Sardinien übernehme, wollte es eben

seht, wo die europäischen Mächte bemüht sind, das Bedrohliche der Lage zu mildern, Schritte zur Einverleibung Mittelitaliens thun. Es heißt, daß in Folge dieser Vorstellungen, und in Übereinstimmung mit den Rathschlägen Frankreichs, alle Mittelitalien betreffenden Pläne einstweilen suspendirt worden seien.

[Die Rüstungen.] Durch die Einberufung der vier Altersklassen von den Jahren 1830—1833 erhält die sardinische Armee eine Vermehrung um 50,000 Mann, worunter sich 14,000 aus österreichischen Diensten entlassene Lombarden befinden. Der König wird am 28. Febr. wieder in Turin eintreffen.

Mailand, 25. Febr. [Dementi.] Die "Lombardia" meldet: Das hiesige Municipio hat dem Sir J. Hudson eine Adresse überreicht, welche die von Lord Normanby im Parlamente vorgebrachten Schilderungen über Mailänder Zustände und sogar die bekannten Raubansfälle dementirt.

Rom, 21. Febr. [Antwort an Frankreich; Werbung; Untersuchung.] Auf die beiden Noten Thouvenel's am 8. und 12. Februar ist in einer am 18. abgehaltenen Kongregation der Kardinale, wie dem "Journ. des Débats" geschrieben wird, eine in allen Punkten ablehnende Antwort beschlossen worden. Auch sollen jene beiden Noten in das amtliche "Giornale di Roma" eingetragen werden. — Am 16. ist demselben Blatte zufolge, Befehl gegeben worden, in Bayern ein Kavallerieregiment anzuwerben.

Die römische Polizei macht die mehr erwähnte Studentenkundgebung gegen die Adresse an den Papst zum Gegenstande einer großartigen Untersuchung. Bereits 60 Studenten wurden zum Monte Citorio geladen und vom Polizeiaffessor Pasqualoni vernommen.

Etwa die Hälfte davon ist auf Karzerstrafen gesetzt; in diesem Falle fürchtet man jedoch neue Kundgebungen. Die Schließung der Universität wurde aus dem Grunde nicht ausgeführt, weil man es bedenklich findet, einen solchen Schwarm unzufriedener Köpfe über das Land zu verbreiten.

Palermo, 18. Februar. [Der Karneval] war ungemein belebt und glänzend; für den Bau eines neuen Theaters, welches 400,000 Dukaten kosten soll, wurde der Konkurs ausgeschrieben.

### Spanien.

Madrid, 26. Febr. [Telegr. Notizen.] Nichts Neues aus Afrika; das Wetter in der Meerenge ist schlecht. — Die Presse, namentlich die progressistische, greift England heftig an. Die Zensur verhinderte aus diesem Grunde, daß die "Novedades" ausgegeben wurden. — Heute Abends überreichte der französische Gesandte der Königin einen eigenhändigen Brief des Kaisers der Franzosen.

### Afien.

Kanton, 12. Jan. [Kulihandel.] Die chinesischen Behörden haben strenge Maßregeln gegen den Kulihandel ergreifen. Mehreren fremden Schiffen wurde die Ausklärirung verweigert, die Kulis vom Bord befriedet, zahlreiche Eingeborene, welche sich mit diesem Handel beschäftigten, nach Kanton gebracht und hingerichtet; Fremde befinden sich noch in Gewahrsam.

Kanagawa, 20. Dezbr. [Der Vertrag mit Yedo.] Nach einer Mittheilung aus Yedo gab die japanische Regierung dem dortigen amerikanischen Gesandten die Versicherung, der Vertrag von Yedo werde pünktlich vollzogen werden. Der freie Handel und die Ausfuhr japanischer Produkte mit Ausnahme von Reis, Weizen, Kupfermünzen, Gold und Silber sei gestattet.

### Amerika.

New York, 11. Febr. [Für Reform des Seerechts; aus Guatemala; Vertrag mit Mexiko.] In einer am 9. Februar abgehaltenen Versammlung der Newyorker Handelskammer ist die von den Handestäden ausgegangene Agitation für die Reform des Seerechts in Kriegzeiten aufgenommen und der Bericht des Komitees nebst den Resolutionen: 1) daß vollständig Sicherheit aller Privateigenthums auf See in Kriegszeiten von dem erleuchteten Sinn für Gerechtigkeit und dem geistigen Geiste der Civilisation nicht minder als von der gebührenden Berücksichtigung der besten Interessen des Handels gefordert werde; 2) daß die Regierung der Vereinigten Staaten erachtet werde, die ihr zweckdienlich erscheinenden Maßregeln zu ergreifen, um das in der vorhergehenden Resolution ausgedrückte Prinzip in das Seerecht aufgenommen zu sehen; 3) daß die Kopien dieser Resolutionen an die Handelskammern und Kaufhausräder anderer Städte in den Vereinigten Staaten gesandt werden mit dem dringenden Geuch, uns in Errichtung des beabsichtigten wichtigen Ziels zu unterstützen — genehmigt und die Abfindung nach Washington beschlossen. — Eine telegraphische Despatch aus Washington enthält folgendes: Neuerdings eingelaufene Berichte unseres Gesandten in Honduras und Guatimala stellen den Stand der Dinge in letzterem Staate als ungünstig für uns dar. Wie es scheint, hat Guatimala einen bedeutenden Landstrich an Großbritannien abgetreten, wodurch es geradezu gegen vertragsmäßig uns gegenüber eingegangene Verbindlichkeiten verstoßt, während auch England die gegen die Vereinigten Staaten eingegangenen Verpflichtungen verlegt. Wie wir hören, hat unser Gesandter protestiert. Die Regierung wird nicht eher einen Schritt in der Sache tun, als bis sie im Besitz weiterer Mittheilungen ist. Der Präsident hat sich noch nicht darüber entschieden, welches Verfahren er in Bezug auf die peruanischen Angelegenheiten beobachten wird. Die beleidigende Haltung dieser kleinen Republik kann nicht geduldet werden, ohne daß wir sie streng zur Rechenschaft ziehen. Wahrscheinlich wird der Präsident die ganze Sache dem Kongress unterbreiten und ihn dann so handeln lassen, wie es ihm angemessen erscheint. Unser Gesandter in Mexiko, Herr Mc Lane, kam hier heute Abends an, in Folge von Instinktionen des Staats-Departements, um sich mit dem Senats-Ausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten über die meritanischen Angelegenheiten, nämlich über über den Vertrag, zu beschreiben. Der Ausschuß hat sich noch nicht endgültig über den Vertrag entschieden, wird es jedoch in der nächsten Sitzung thun. Alle Thatsachen in Bezug auf die meritanischen Angelegenheiten wurden in den Depots des Herrn Mc Lane vom 24. Januar mitgetheilt. Er sagt, die einzige Hoffnung, Mexiko zu retten und aus seiner gegenwärtigen unglücklichen und verzerrten Lage herauszureißen, liege in der baldigen Ratifikation des Vertrages. Die Regierung des Juarez behauptet sich fortwährend in ihrer Stellung und gewinnt allmäßig an Stärke. Genehmigen Sie ic. Thouvenel."

Paris, 28. Februar. [Teleg. r.] Die heutige "Patrie" sagt: Die öffentliche Meinung sei durch die Nachricht des "Morning Chronicle" von einem Offensiv- und Defensiv-Bündnisse zwischen Österreich und Russland bewegt. Die "Patrie" habe Ursache zu glauben, daß das englische Journal das Echo eines grundlosen Gerüchts sei.

## Inserate und Börsen-Nachrichten.

### Auskündigung von Kreis-Obligationen des Pleschener Kreises.

Bei der heut vorschriftsmäßig erfolgten Auslobung der zum 1. April 1860 einzulösenden Kreis-Obligationen sind nachstehende Nummern gezogen worden:

Litt. A à 1000 Thlr.

Litt. B à 100 Thlr.

Nr. 30, 102, 205, 235.

Litt. C à 50 Thlr.

Nr. 135, 184, 262, 273, 290, 291, 359, 367,

382, 383.

Litt. D à 25 Thlr.

Nr. 50, 233, 338, 417, 572, 620, 662, 663,

664, 698, 732, 774, 777, 788, 807, 871, 875, 938, 955, 1047.

Indem wir diese Kreisobligationen hierdurch kündigen, fordern wir deren Inhaber auf, die Baarzahlung des Nennwertes gegen Zurücklieferung derselben in kurzfristigen Zustande und der dazu gehörigen, noch nicht fälligen Kupons, Serie 1 Nr. 6 bis 8 in termino den 1. April 1860 auf der Kreis-Kommunalaffse hierstellt und bis zum 1. Oktober 1860 auch auf der Provinzial-Hülfssklasse in Posen in Empfang zu nehmen.

Pleschen, den 15. September 1859.

Die ständische Kommission für den

Chausseebar im Pleschner Kreise.

Gregorius, Mollard, v. Tolonicki,

Stiegler, Graf Taczanowski,

### Bekanntmachung.

Nach §. 4 des Amortisations-Planes für die Kreisobligationen sind heute zur Baarzahlung nachstehende 84 Kreis-Obliga-

tionen:

Litr. D. Nr. 2, 53, 54, 55, 123, 129, 130, 152,

153, 161, 162, 163, 164, 170, 171, 317, 318

319, 320, 321, 322, 323, 324, 479, 480, 481

482, 560, 561, 559, 590, 591, 592, 593, 594

601, 602, 603, 604, 605, 606, 673, 674, 675

676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684

698, 699, 700, 701, 724, 725, 726, 765, 766

767, 772, 773, 774, 802, 803, 804, 805, 806

825, 826, 827, 828, 853, 854, 855, 901, 902

903, 904, 905, und 906.

im Gesamtbetrage von 2100 Thlr. in Worten

### Bekanntmachung.

Die Inhaber dieser Kreisobligationen sind hiermit auf, indem wir die selben hierdurch aufzündigen, am 1. April 1860 den Nennwert derselben mit den bis dahin fälligen Zinsen gegen Rückgabe der Kreis-Obligationen nebst den Zinskupons bei der Königlichen Kreisstasse in Posen in Empfang zu nehmen.

Meseritz, den 28. September 1859.

Die kreisständische Chaussee-Bau-

Kommission.

Schneider. Brown.

Bekanntmachung.

Der über das Vermögen des Bierbrauers

Andreas Bartkowski zu Posen eröffnete

kaufmännische Konkurs ist durch Beschluss von

hente beendet.

Posen, den 17. Februar 1860.

Königl. Kreisgericht.

Abtheilung für Civilsachen.

(Beilage.)

— [Böhmisches Journal in Nordamerika.] České Blätter bringen die Notiz, daß seit dem 1. Januar 1860 in den nordamerikanischen Freistaaten zwei Zeitschriften in böhmischer Sprache erscheinen, und zwar die eine in Racine am Michigansee im Staate Wisconsin und die andere in St. Louis im Staate Missouri.

### Vom Landtage.

#### Haus der

**Aufkündigung**

von Rentenbriefen der Provinz Posen.  
In der heute öffentlich bewirkten Auslobung  
der zum 1. April 1860 zu tilgenden Rentenbriefe  
der Provinz Posen, sind die in dem nachstehenden  
Verzeichnisse aufgeführten Littera und  
Nummern gezogen worden, welche den Besitzern  
unter Hinweisung auf die Vorschriften des Ren-  
tenbankgesetzes vom 2. März 1850 s. 41 u. ff.  
zum 1. April 1860 mit der Aufforderung  
gefunden werden, den Kapitalbetrag gegen  
Quittung und Rückgabe der Rentenbriefe in  
liefähigem Zustande mit dem daju gehörigen  
nicht mehr zahlaben Zinsupson Ser. II. Nr. 4  
bis 16., von dem gedachten Kündigungstage an,  
auf unserer Kasse in Empfang zu nehmen.  
Die gefündigten Rentenbriefe können unserer  
Kasse auch mit der Post, aber frankirt, und unter  
Befügung einer nach folgendem Formulare:

Thlr.

buchstäblich . . . Thaler Valuta für d . .

zum 1. . . . 18. gefündigten Posener

Rentenbrief

Litt. . . . Nr. . . . über . . . Thlr.

habe ich aus der königlichen Rentenbank-Kasse

in Posen baar gezahlt erhalten.

Dr. Datum und Unterschrift.

ausgestellten Quittung eingesendet und die Ueber-  
sendung der Valuta kann auf gleichem Wege,doch nur auf Gefahr und Kosten des Empfän-  
gers, beantragt werden.Augleich werden von den bereits früher ausge-  
loosten, die schon seit zwei Jahren rückständigen,in den nachstehenden Verzeichnissen aufgeführ-  
ten Rentenbriefe der Provinz Posen hierdurch  
wiederholz aufgerufen und deren Besitzer aufge-  
fordert, den Kapitalbetrag dieser Rentenbriefe zurVermeidung weiteren Zinsverlustes und künftiger  
Verjährung unverzagt in Empfang zu nehmen.

Posen, am 10. November 1859.

Königliche Direktion der Rentenbank

für die Provinz Posen.

